



werkstoffen haben es wirklich nicht nötig, zu warten, bis es den Kurieren gefällig ist. Gefehentwürfe nach deren eigenem Geschmack zu formulieren, an denen hinterher die Arbeiterparteien im Reichstage erfahrungsgemäß in der Regel grundsätzlich nichts mehr ändern können. Sie müssen vielmehr froh sein, an einigen Nebenbestimmungen etwas zu verbessern.

Wie der erste große Arbeiterschutzeschmentwurf, nämlich derjenige aus dem Jahre 1877, nicht von der Staatsbureaucratie ausging, sondern von den Sozialdemokraten (Frische-Bebel) im Reichstage eingebracht worden war, so muß jetzt die Arbeiterklasse, erst recht zeigen können, daß sie moralisch und intellektuell stark genug ist, bei der klaren Formulierung ihrer politischen, kulturellen und gewerkschaftlichen Ziele der Mitwirkung der Kurieren nicht zu bedürfen. Und wie 1877 die Sozialdemokratie den Reichstag durch ihren Initiativantrag zwang, Farbe zu bekennen, so sollte es jetzt durch die Arbeiterklasse in all jenen Fragen erst recht geschehen.

## „Führer“

Unter der Stichmarke „Die Wahrheit über Lichtenburg“ untersucht das „Berliner Tageblatt“ die Frage, ob die in Lichtenburg untergebrachten politischen Gefangenen, die wegen Teilnahme an dem mitteldeutschen Aufstand verurteilt worden sind, freigelassen werden sollen oder nicht. Das „Berliner Tageblatt“ kommt zu dem Schlusse, daß allerdings die Fälle nachgeprüft werden müßten, daß in einzelnen Fällen, wo die Arbeiter in den Aufstand geheißen worden sind, die Tat vielleicht in milderem Lichte erscheinen möge, daß aber darüber hinaus jede Milde nicht nur Schwäche, sondern ein Verbrechen an der Staatsautorität wäre, und daß namentlich Führer und solche, denen gemeine Straftaten zur Last gelegt werden, nicht freigelassen werden dürfen. Solche Fälle, die Führer oder „gemeine Straftaten“ betreffen, kommen nach den Informationen des „Berliner Tageblatts“ 225 in Frage.

Angesichts dieser anscheinend offiziös inspirierten Auffassung, wollen wir an die Gepflogenheiten erinnern, die bei der Amnestie vom August 1920 obwalteten, als es sich um den Kapp-Putsch und die Kappisten handelte. Damals wurden, obwohl es sich um ein über ganz Deutschland ausgebreitetes Unternehmen handelte, nur etwa ein halbes Duzend Personen als Führer bezeichnet. Selbst auf Minister der Kapp-Regierung wurde der Begriff Führer nicht in Anwendung gebracht. Und was die „gemeinen Straftaten“ betrifft, hatte der damalige Reichsjustizminister Heineke bestimmt, daß nur dann die Freilassung nicht in Frage kommen könne, wenn die Verurteilten lediglich aus gemeinen Motiven gehandelt haben, daß aber, wenn auch politische Motive mitsprachen, die Freilassung zu erfolgen habe. Und in der Tat wurden denn auch Kappisten, die die unglücklichsten Rohheitsakte vollführt hatten, freigelassen, weil man bei ihnen politische Motive annahm.

Sollte das, was vor einem Jahr gegenüber den Kappisten recht war, nicht auch gegenüber den in den Zuchthäusern schmachtenden Arbeitern Mitteldeutschlands billig erscheinen? Oder glaubt etwa Herr Radbruch die alte liebe Tradition aufrecht erhalten zu müssen, daß gegenüber Angehörigen der bestehenden und denen der besitzlosen Klasse mit *weierleiwah* gemessen wird?

## Niederschönenfeld

Aus München wird uns geschrieben:

Die ständigen Angriffe in Presse und Parlamenten gegen die bayerische Regierung wegen der skandalösen Zustände in der Festungsniederung Niederhöhenfeld haben den bayerischen Ministerpräsidenten und Justizminister Graf Lerchenfeld doch soweit gebracht, daß er sich nicht mehr auf die Informationen der ihm unterstellten Behörden und Stellen verläßt, sondern sich persönlich von der Behandlung der politischen Gefangenen überzeugen will. Offiziös wird jetzt gemeldet: „Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat in seiner Eigenschaft als Justizminister in den letzten Tagen die Gefangenenanstalten Stadelheim und Landsberg (dort sitzt der Mörder Eisners) besichtigt. Er beabsichtigt, im Laufe der nächsten Zeit sämtliche Gefangenenanstalten des Landes zu besichtigen, darunter auch die Festung Niederhöhenfeld.“

## Sozialisten einst und jetzt

Le K. Als wir vor kurzem in der „Roten Fahne“ die jubelnde Siegesnachricht lasen: „Brandler frei!“, da mußten wir unwillkürlich derjenigen Persönlichkeit gedanken, deren Name zwar noch stolz auf dem Titelblatt der „Roten Fahne“ prangt, von deren Geist jedoch kaum mehr ein Hauch die Spalten dieses Blattes durchweht: Rosa Luxemburg.

Als der Staatsanwalt in ihrem berühmten gewordenen Frankfurter Prozeß wegen Hochverrats, begangen durch die Aufforderung an die Soldaten zur Meuterei nach der Verkündung des Urteils ihre sofortige Verhaftung wegen Fluchtverdachts beantragte, da fertigte sie ihn stolz und mutig ab mit den Worten:

„Der Herr Staatsanwalt hat in seinen Ausführungen speziell meiner kleinen Person viel Aufmerksamkeit gewidmet, er hat mich als die große Gefahr für die Sicherheit der Staatsordnung bezeichnet, er hat es sogar nicht verschmäht, sich auf das Kladderadambische herabzulassen und mich als „rote Rosa“ gekennzeichnet. Ja, er hat es gewagt, meine Ehre zu verächtlichen, indem er den Fluchtverdacht gegen mich ausgesprochen für den Fall, daß meinem Strafantrag stattgegeben wird. Herr Staatsanwalt, ich vermahne es für meine Person auf alle Ihre Angriffe zu antworten. Aber eines will ich Ihnen sagen: Sie trauen die Sozialdemokratie nicht! Im Jahre 1917 haben viele Ihrer Kollegen im Schwabe ihres Angehens das geahndet, daß über unsere Presse insgesamt die Strafe von 60 Monaten Gefängnis ausgesprochen wurde. Haben Sie wisst gehört, daß auch nur einer von den Sünden aus Furcht vor der Strafe die Flucht ergriffen hat? Glauben Sie, daß diese Unmenge von Strafen auch nur einen Sozialdemokraten zum Wanken gebracht oder in seiner Pflichterfüllung gehindert hat? Ah nein, unser Werk spottet aller Zwirnsiden Ihrer Strafpapirparaphen, es wächst und gedeiht trotz aller Staatsanwaltschaft.“

Zum Schluß nur noch ein Wort zu dem unqualifizierten Angriff, der auf seine Urheber zurückfällt. Der Staatsanwalt hat nämlich gesagt: Ich habe es mir notiert: er beantragte meine sofortige Verhaftung, denn „es wäre ja unbegreiflich, wenn die Angeklagte nicht die Flucht ergreife würde“, das heißt mit anderen Worten, wenn ich, der Staatsanwalt, ein Jahr Gefängnis abzubüßen hätte, dann würde ich die Flucht ergreifen. Herr Staatsanwalt, ich glaube Ihnen. Sie würden fliehen. Ein Sozialdemokrat flieht nicht. Er steht zu seinen Taten und sacht ihrer Strafen. Und nun verurteilen Sie mich!

Daß das keine leeren Phrasen waren, das hat Rosa wieder und wieder bewiesen. Sie, die ihre letzten Lebensjahre hinter Ker-

Zu der wegen Niederhöhenfeld von der bayerischen Presse gegen den Reichsjustizminister Radbruch inszenierten Hege äußerte sich Dr. Radbruch gegenüber dem Vertreter der „Augsburger Volkszeitung“; er halte eine Reichssammlung zur Begnadigung der bayerischen Revolutionärgesangenen politisch für gänzlich unzulässig. Er beabsichtigte nicht in die bayerische Justizhoheit brüest einzugreifen. Hätte er der Erörterung des Strafvollzugs in Niederhöhenfeld im Reichstagsauschuß beigewohnt, so hätte er seine schweren politischen Bedenken gegen den fraglichen Antrag nicht zurückgehalten. Kein billiger Denker könne ihm vorwerfen, daß er mit Mühsam die Schulkameradschaft aufrechterhalte, für Toller menschlich und künstlerisch Sympathien hege.

Es ist ganz offensichtlich, daß der Reichsjustizminister hier durch seine Zurückhaltung den Versuch unternimmt, der bayerischen Regierung selbst die Befreiung der menschenunwürdigen Zustände in Niederhöhenfeld zu überlassen. Es wird sich aber in kurzer Zeit herausstellen, daß die bayerische Regierung dieses Vertrauen nicht rechtfertigt und daß das Reich nicht um ein Eingreifen in dieser Sache herumkommt.

## Münchener Hege gegen Radbruch Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 28. November.

Die Münchener reaktionäre Presse eröffnet einen systematischen Feldzug gegen den Reichsjustizminister. Die „Münchener-Augsburger Abendzeitung“ läßt sich aus Berlin melden, daß Radbruch parlamentarisch am Sonntag erklärt habe, er werde jetzt einen Kabinettsbeschluss in seinem Konflikt mit Bayern herbeiführen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, daß der Reichsjustizminister Beschwerden über den bayerischen Strafvollzug nicht auf den instanzmäßigen Weg verwiesen habe, sondern an das bayerische Justizministerium weitergegeben habe. Hierin sei unter Umständen der erste Schritt zur Reichsaufsicht zu erblicken.

In demselben Blatt beginnt der Abgeordnete Müller-Neinungen, der Hauptschuldige in dem Niederhöhenfelder Rechtsbruch, eine Artikelserie gegen Radbruch, in der er ihn persönlich herabzusetzen sucht, ohne sachliche Momente vorzubringen.

## England für ein deutsches Moratorium

London, 29. November.

„Daily Mail“ erfährt von gutunterrichteter Seite, daß die britische Regierung augenblicklich ihre Aufmerksamkeit auf die am 15. Januar fällige deutsche Reparationszahlung lenkt. Nach dem Besuche der Reparationskommission in Berlin hat Sir John Bradbury ein Memorandum verfaßt, das im britischen Kabinett demnächst erörtert werden wird. Es wird erwartet, daß die britische Regierung ein zwei- oder dreijähriges Moratorium für die deutschen Schulden an die Alliierten vorschlagen wird. Unter Umständen werde ein dazwischenliegendes Wiederanheben des Handels mit Deutschland erhofft. Bedingung für jedes Zugeständnis der Alliierten in der Reparationsfrage werde sein, daß die deutsche Regierung die Ausgabe von Papiergeld einstelle. Laut „Daily Mail“ bestehe kein Zweifel daran, daß auch den Franzosen der Ernst der Lage Deutschlands klar geworden ist, und die französischen Vertreter, die die wahre Lage Deutschlands untersucht haben, seien einem Plan in der Art des britischen günstig gefinnt. Deutschland werde selbstverständlich gewisse Zahlungen in der weiter leisten. Die übrigen Zahlungen würden nicht erlassen, sondern gestundet werden.

EE. Paris, 29. November 1921.

Zu der Meldung der „Daily Mail“, daß England Deutschland ein Moratorium gewähren wolle, erklärt heute abend der „Temps“: Wenn die Zahlung der Reparationen das Defizit im deutschen Budget verschlimmert, werde die Nichtzahlung der Reparationen ein unerträgliches Defizit im französischen Budget herbeiführen, was ungerecht wäre. Die Unterbrechung der deutschen Zahlungen sei nur bis zu einem gewissen Zeitpunkte zulässig, wenn eine internationale Kreditation nicht überlassen Erlaß dafür biete, was das Moratorium ihm entziehen würde. Der „Temps“ macht die wichtige Mitteilung, daß die englische Regierung an die Völkervereinigung eine Note gerichtet habe, in der sie auf die Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein anspielt, und die Verringerung der Kontrollorganisationen über die deutschen Rüstungen fordert.

Dem „Temps“ wird aus London gemeldet, daß die englische Regierung unlängst das ganze Reparationsproblem durchgesprochen habe und zu einer einstweiligen Schlussfolgerung ge-

langt ist, die in nächster Zeit bekanntgegeben werden soll. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands verlange eine tiefgründige Untersuchung und vielleicht auch eine Ueberwachung der deutschen Finanzpolitik. Wenn Deutschland gewisse Zahlungsverleichterungen fordere, so hätten die Alliierten das Recht, eine solche Untersuchung zu verlangen und darauf zu bestehen, daß Deutschland eine Finanzpolitik zur Durchführung bringe, die auf den Grundlagen aufgebaut sei, die die Alliierten in ihrer eigenen Finanzpolitik verfolgen. Im Interesse der Gläubiger Deutschlands und im Interesse des Deutschen Reichs und Europas ist es möglich, schließt der Bericht, daß England ein Moratorium für 2 oder 3 Jahre für die deutschen Reparationen vorschlagen wird. Der von Sir John Bradbury vorgeschlagene Plan nimmt ein solches Moratorium in Aussicht. Dieser Plan Bradburys wird vom englischen Ministerium geprüft werden.

## Der Mißerfolg Briands

Sozialistische Kritik

Paris, 29. November.

Der Abgeordnete Léon Blum stellt im „Populaire“ fest, daß nach den ersten Tagen des Bluffs nunmehr die öffentliche Meinung, ja selbst das Parlament den Mißerfolg Briands klar zu sehen begännen. Was war das Ziel Briands? fragt er. Sich von Amerika und England aus neue eine formelle Garantie unserer Sicherheit anbieten zu lassen, wie es ehemals Wilson und Lloyd George angeboten haben. Durch welches Mittel wollte er es erreichen? Dadurch, daß er sein Auditorium von unserem Friedenswillen und von den Kriegsgefahren überzeuge, die uns bedrohen. Ich weiß nicht, so fährt Blum fort, ob die Absicht Briands sich hätte verwirklichen lassen; ich bin aber ungefähr sicher, daß die angewendeten Mittel nichts taugten, denn die Operation war doch ein wenig zu plump. Man muß beinahe annehmen, daß dieser gewandte Praktiker sich die Hand darunter verdorren hat, daß er mit der dümmsten Parlamentsmehrheit umgegangen ist, die man je gekannt hat. Briand scheint sich eingebildet zu haben, daß er die Washingtoner Konferenz so leicht „haben“ werde wie den nationalen Blod. Er hat sich getäuscht! Wir erhalten keine Garantien, und wir haben niemand davon überzeugt, daß unser Wille, uns zu ent Waffen, aufrichtig ist. Jetzt haben wir den Mißerfolg, und es ist bitter, so bitter, daß der nationale Blod bereits anfängt, sich darüber zu erregen; er bemerkt, daß die Gegenwärtigen in Amerika erst sind und daß nach den ersten Stunden übertriebener Vorliebe, die man dem persönlichen Talent des Darstellers verdankt, die Gegenstimmen in England und in Deutschland noch ernster sind als in Amerika. Schließlich fragt Blum: Wem soll das alles Nutzen bringen? Arbeitet etwa Briand für Poincaré?

Paris, 29. November.

Der Sonderberichterstatter des Peuple, der die von den deutschen Gewerkschaften eingeladene Delegation der Generalarbeiterkonferenz auf ihrer Reise zum Studium der deutschen Arbeitslosigkeit begleitet, erklärt in seinem heute veröffentlichten ersten Bericht aus Hanau, Briand habe die Rüstungsfrage in seiner Rede in Washington falsch gestellt. Was die deutschen Fabriken noch befehlen, genüge höchstens für die kleinen Rüstungsartikel. Für die Herstellung des großen Materials läme diese Ausrüstung nicht mehr in Betracht. Der Berichterstatter schildert dann die Zustörungen, die die Delegation in den Fabriken vorgefunden hat, und sagt zum Schluß wenn man das gesehen hat und sich von den unerhörten Schwierigkeiten Rechenschaft gegeben habe, denen die deutsche Industrie trotz aller Hilfsmittel begegne, so dürfte man feststellen, daß die Behauptung, diese selben Fabriken könnten in einigen Wochen wieder zu voller Tätigkeit im Dienst des Krieges umgestellt werden nicht ernst zu nehmen sei. Die moderne Technik sei für solche Phantasien nicht zu haben.

Kommissionenverhandlungen in Oppeln und Kattowitz. Die J. L. R. hat aus Gens Welling erhalten, in Oppeln und Kattowitz geeignete Verhandlungsräume für die Unterkommissionen der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen bereitzustellen. Voraussichtlich wird in Kattowitz eine Kommission, nämlich die Eisenbahnkommission, und in Oppeln zunächst auch nur eine Kommission, die Postkommission, tagen.

Krieg im Frieden. Auf dem Erzerherplatz in Karlsruhe bei Königsberg, wo die Gesellschaft für Verwertung von Heeresgut eine Zerlegungsstätte für Munition errichtet hat, stehen Arbeiter eine Riste mit Sprengstoffen fallen, es entstand eine Explosion, wobei drei Arbeiter zerrissen wurden. — In der Munitionszersetzungsanstalt Kettlerbach bei Höchst am Main wurde durch Explosion einer Granate ein Mann getötet, vier wurden schwer, zwei leicht verletzt.

Eisenbahnunfall. Montag abend ist der Personenzug Kreuz-Settin vor Döitz (Pom.) infolge Reibels auf einen Güterzug aufgefahnen, wodurch der Lokführer in Brand geriet. Zwei Bahnpostbeamte wurden schwer, zwei weitere leicht verletzt.

schon seit Jahren hinter Kerkermauern sitzt, weil er die dar- gebotene Freiheit abschlug, solange sie nicht auch allen seinen Mitgefangenen zuteil wird.

Worum es sich hier handelt, das ist die Haltung der „Roten Fahne“ nicht nur Brandler gegenüber — das ist nur ein kleines Symptom — nein, der ganzen Situation gegenüber, wie sie sich seit Rosas Tode entwickelt hat. Dieselbe „rote Fahne“, an deren Kopf Rosas gebilligter Märtyrernamen steht, bringt es heute fertig, auch einen Brandler zum Freiheitshelden und Märtyrer zu stampeln. Von Rosa bis Brandler — wie haben sich die Zeiten gewandelt!

Dieselbe „rote Fahne“, in der einst Rosa — es sind jetzt gerade drei Jahre her —, als sie, eben aus dem Gefängnis entlassen, auch die Freilassung sämtlicher anderer Inhaftierter forderte, am Schlusse ihres Artikels die unvergesslichen Worte schrieb:

„Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen, in Flüssen geflossen. Jetzt muß jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtslosere revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit — dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm tritt, begeht ein Verbrechen.“

Dieselbe „rote Fahne“ hat nicht nur kein Wort des Widerspruches dagegen, daß in Rußlands Kerker Schlimmeres geschieht, als zur Zeit des Jarrismus, nein, sie macht sich zur Mitschuldigen an den Vergehen, die dort begangen werden, nicht etwa an gemeinen Verbrechen, nein, von Genossen an Genossen von Sozialdemokraten an Sozialdemokraten, die zum Teil alte, erprobte Kämpfer sind für die Sache, der sie ihr Leben geweiht, für die sie gelitten und geblutet haben schon unter dem zaristischen Regime und für die sie heute leiden, bluten und sterben unter dem von der „Roten Fahne“ verherrlichten Regime der Bolschewiki.

„Rücksichtslosere revolutionäre Tatkraft“ — allerdings daran lassen es die Bolschewiki, daran läßt es besonders die Tscheta (Außerordentliche Kommission) nicht fehlen — wo aber sehen wir die „weitherzigste Menschlichkeit“, die Rosa von der ersten sozialistischen Regierung Deutschlands als eine „Ehrenpflicht“ forderte, nicht etwa bloß für „Politische“ allein nein auch für Karl Liebknechts „gehörne Fräuleinsbrüder“ und für ihre eigenen Kolleginnen, die Keßen, armen Sittensmädchen und Diebinnen“, wie sie sie nennt.

Wer, der Rosa kannte, glaubt, daß es in ihrem Sinne ist, wenn heute noch ihr Name am Titelblatt der „Roten Fahne“ steht?

manern dahinschmachtet, und zu der das Echo von dem großen Geschehen draußen nur zeit- und bruchstückweise, oft nach Tagen und Wochen aus dürftigen Zeitungsausschnitten und geschmuggelten Briefen drang, sie, die mit einer gewissen, rührend zu nennenden Bescheidenheit sich selbst in ihren Briefen dahin aussprach: „ich erwarte noch viel Großes in den nächsten Jahren, nur möchte ich die Weltgeschichte nicht bloß durch das Gitter bewundern“, sie, die mit hämmernden Balken in ihrer Zelle die Ereignisse verfolgte, bei denen, dabei zu sein, die zu beeinflussen, ja, zu dirigieren sie für ihre Lebensaufgabe hielt, sie brachte es mit eifriger Selbstdisziplin fertig, jeden Gedanken an Flucht von sich zu weisen aus ihrem Hirn zu verbannen. Nie kam eine Klage über ihre Lippen.

Wenn ihre Freunde sie in ihren verschiedenen „Ferienheimen“, wie sie scherzend ihre Gefängnisse zu bezeichnen pflegte, überwiegend besuchten, machten alle mit ihr dieselbe Erfahrung: sie hätte jeden von uns mit Verachtung gestraft, der es gewagt hätte, ihr davon zu sprechen, um die ihr gestatteten Ausfahrten zu einem Fluchtversuch zu benutzen.

Als in Breslau einmal ein neuer Bewachungsoffizier, der ihren hohen Sinn noch nicht konnte, eine Bemerkung machte, als ob er ihr zutraute, sie würde die ihr gestattete Freiheit zum „Ausreißer“ benutzen, wies sie ihn mit dem verächtlichen Hohn, mit dem sie ihre politischen Gegner so meisterhaft in Verwirrung zu setzen verstand, in seine Schranken zurück — sie hätte für solche „Heidenstücker“ nichts übrig, mit denen sie sich auf Kosten anderer, ärmerer Schicksalgenossen eine „Freiheit“ erkaufen hätte, deren sie sich nicht zu erheben vermochte, ja, deren sie sich geschämt hätte. Und fast sehen wir sie lebhaftig vor uns, wie sie mit spöttisch geschwätzter Lippe und mit schneidendem Sarkasmus die heroische Tat Brandlers ironisiert. Sie würde es auch recht übel vermehrt haben, hätte man ihren Namen mit dem Brandlers in einem Atem nennen wollen. Was von ihm zu halten ist, zeigt seine Verteidigungsrede, die man dergleichen hinterdrein zu einem Reifestück der Diplomatie umzuformen sucht, und die sich von Rosas klüner Selbstverteidigung in Frankfurt ungeschätzt ebenso unterscheidet — nun wie eben Brandlers Ausreißerei von Rosas heldenmütigem Ausstehen.

Aber es handelt sich hier ja auch nicht um die mehr oder weniger gleichgültige Person Brandlers, der es eben vorzog, lieber den Staub von den Sitzen zu schütteln, davonzugehen, ohne sich um das Schicksal seiner Leidensgenossen zu kümmern, statt es einer Rosa, einem Karl Liebknecht, einem Eisner gleichzutun, denen er vermutlich doch die Ehre zugesteh, sich seine Parteigenossen nennen zu dürfen, während er wahrscheinlich den gelben Sozialverräter Eugen Debs verächtlich ablehnt, der nun

# Aus dem Landtag

## Aussprache über den Inneneisatz

Im Preussischen Landtag wurden gestern zuerst einige kleine Anfragen erledigt. Dann wurde die Aussprache über den Inneneisatz des Innern fortgesetzt. Der Demokrat Dr. Berndt wünschte eine Reform der inneren Verwaltung dergestalt, daß der Bürokratismus ausgemerzt wird und nur solche Beamte verwendet werden, die auf dem Boden der Verfassung stehen. Dann sprach der Minister des Innern, Herr Severing, der sich in der Hauptsache auf die Abwehr beschränkte und sowohl gegen die Deutschnationalen als auch gegen die Kommunisten polemisierte. Seine Rede war sehr breit angelegt. Dementsprechend war auch die Wirkung nicht stark. Severing betonte, daß er sowohl auf das Vertrauen der Deutschnationalen als auch auf das der Kommunisten verzichte. Der Ausnahmeerlass des Herrn Dominicus gegen die Bestätigung kommunistischer Gemeindevorsteher sei von ihm zurückgezogen worden, und er habe angeordnet, daß die Bestätigung nur dann zu versagen sei, wenn die Person zum gewaltsamen Umsturz der demokratischen Verfassung auffordere.

Dann verteidigte Severing seine Haltung während des mitteldeutschen Aufstandes. Er hob hervor, daß während dieser Kämpfe in Mitteldeutschland von der Schutzpolizei insgesamt 34 Mann getötet und 54 verwundet wurden. Von der Zivilbevölkerung waren 145 Tote und 51 Verwundete zu beklagen. Für diese Opfer seien diejenigen verantwortlich, die den unseligen Aufstand heraufbeschworen hätten. Von der Schutzpolizei behauptete Herr Severing, daß diese immer mehr ein zuverlässiges Instrument in den Händen der Regierung werde. Parteipolitische Antriebe werde er nicht dulden, gegen Ausschreitungen jeder Art rücksichtslos eintreten. Die noch bestehenden Selbstschutzorganisationen würde er rücksichtslos auflösen. Die Auflösung der „Arbeitsgemeinschaften“ sei auf seine Initiative hin von der Reichsregierung bereits erfolgt. Die Berichte der kommunistischen Vertrauensleute über die Märkische Aktion hätten gewiß haarsträubende Einzelheiten enthalten. Eine Veröffentlichung des Materials über die „Arbeitsgemeinschaften“ würde aber die Öffentlichkeit, mindestens ebenso in Erfahrung bringen, insbesondere würden die Parteien der Rechte davon ebenso unangenehm berührt werden, wie die kommunistische Partei durch die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Berichte. Leider stellte Herr Severing eine Veröffentlichung dieses Materials nicht in Aussicht. Die Öffentlichkeit muß aber genau erfahren, was die Rechtsparteien planen, wenn ihr nicht vorzuenthalten wird, welche Absichten die Kommunisten hegen.

Nach Severing sprachen dann die Abgeordneten von Egnern für die Deutsche Volkspartei und Dr. von Dröbner für die Deutschnationalen. Beide stellten sich auf den Boden der Verfassung, und in der Tat zeigte sich zwischen beiden Rednern nur der Unterschied, daß der Volksparteiler langatmig sprach, während der Redner der Deutschnationalen die Forderungen seiner Partei durch schärfere Betonung lebendiger machte. Herr von Dröbner hob insbesondere hervor, daß zwischen Volkspartei und Deutschnationalen kein wesentlicher Unterschied bestehe. Beide Parteien seien Anhänger der Monarchie, der monarchistische Gedanke werde von den Deutschnationalen lediglich etwas schärfer hervorgehoben. Das sei der ganze Unterschied. Von einigen persönlichen Epithen gegen Severing abgesehen, klang aus der Rede des Herrn von Dröbner sehr deutlich der Unterton heraus: Wir sind im Grunde genommen ebenso koalitionsfähig wie die Volkspartei, wir stehen ebenso fest wie diese, natürlich nur vorübergehend, auf dem Boden der Verfassung, also nehmt uns so schnell wie möglich mit in die Regierung auf.

Herr Severing polemisierte dann noch einmal kurz gegen die Deutschnationalen, dann sprach für die Unabhängige Fraktion Genosse Rabold, der sich noch einmal dagegen wendete, der Polizei das Amt eines Stützwächters zu übertragen. Sie sei dazu absolut ungeeignet. Der Schmutz in Wort und Bild und die Schuldbücherei werde am besten dadurch bekämpft, daß man dem Volke an Stelle der schlechten kost gute Kost vorsetze. Die Arbeiterpresse leistet darin, im Gegensatz zur bürgerlichen, Vorbildliches. Das sei auch schon von bürgerlicher Seite anerkannt worden. Eingegen würde durch den Roman und den sonstigen Unterhaltungsstoff der bürgerlichen Presse der Schundlitteratur der allergrößte Vorstoß geleistet.

Genosse Rabold wandte sich dann dem Staatskommissariat für öffentliche Ordnung zu und sagte, daß dieses von Anfang an einen Herd der politischen Korruption gebildet habe. Das sei heute noch nicht anders. Trotz der vielen Verbote und Aufsichtsbefehle beständen immer noch sogenannte Selbstschutzorganisationen. In Berlin habe erst lehtthin wieder eine Tagung derartiger Organisationen stattgefunden. Wenn Herr Severing gesagt habe, er werde gegen alle Ausschreitungen der Schupo rücksichtslos vorgehen, so sei das eine Wiederholung einer alten Melodie. Wo sind, so fragte Genosse Rabold, die Taten? Im Dezember vorigen Jahres ist der Zehlendorfer Polizeieinheit nachgewiesen worden, daß sie mit Wissen ihres Hauptmanns große Mengen Waffen verkauft und den Gewinn unter sich verteilt hat. Nach einem Jahre schwebt gegen diese Polizeieinheit noch immer das Verfahren. Wann werden endlich die Schuldigen bestraft, Herr Severing? Die Ausschreitungen der Schupo sind nicht vereinzelt, es sind Symptome der militaristischen Einstel-

lung. In Elberfeld wurde der Schutzpolizei nachgewiesen, daß sie mit Wissen der Offiziere fünf unschuldige Arbeiter, die widerrechtlich verhaftet wurden, in der grausamsten Weise mißhandelt hat. In einem Prozeß gegen vier dortiges Parteiblatte wurde der Redakteur freigesprochen, weil die Behauptungen erwiesen werden konnten. Wo ist die Klage gegen die Beamten, die an den Mißhandlungen beteiligt waren? Die Hundertschaft z. B. ist ein regelrechtes Verbrechernetz. Wenn jetzt im Mosbiter Gerichtssaal der Versuch gemacht wird, die Verbrecher dieser Hundertschaft damit zu verdeden, daß man dieser Hundertschaft das Zeugnis ausstellen läßt, sie habe ein hohes „vaterländisches Pflichtgefühl“ geübt, dann muß endlich einmal gesagt werden, daß die Arbeiter von diesem Schwindel nichts mehr hören wollen. Vaterland und Verbrechen ist bei dieser Gesellschaft eins. Wenn die Richter auf einen derartigen faulen Zauber hereinfallen, dann müssen sie eben mit den Verbrechern in einen Topf geworfen werden.

Genosse Rabold sprach zum Schluß gegen die Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Die Arbeiterschaft werde wieder einmal in eine neue Illusion gestürzt, deren Folge eine tiefere Zerklüftung sei, und den Ruhen hätten die Rechtsparteien. Trotz aller Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien müßte die Arbeiterschaft aller Richtungen zur Einigung kommen, denn nur dieser Weg ermögliche ein Vorwärtkommen.

Schließlich sprachen noch die Abgeordneten Krüger (Soz.) und Dr. Meyer (Komm.). Beide Redner beschäftigten sich in der Hauptsache mit den Dokumenten über den mitteldeutschen Aufstand, der eine, um die Kommunisten anzuklagen, der andere, um die Haltung der Kommunisten zu rechtfertigen. Dr. Meyer betonte am Schluß seiner Rede ebenfalls die Notwendigkeit der Einigung und wünschte, über die Geschichte des mitteldeutschen Aufstandes das Gras wachsen zu lassen. Sein Versuch, Gegensätze innerhalb der Unabhängigen Partei aufzudecken, scheiterte, aber er brachte damit das Parlament auf das Niveau eines kommunistischen Zahlenspiels. Die Unabhängige Fraktion hat es vermieden, im Landtag auf den Kommunisten heranzukommen, nachdem das schon in einem sehr reichlichen Maße von anderer Seite geschehen war. Wenn die Kommunisten aber wünschen sollten, daß wir uns an einer solchen Auseinandersetzung beteiligen, werden wir bei passender Gelegenheit der Herausforderung Folge leisten und einmal Fraktur mit ihnen reden.

Die Aussprache über den Inneneisatz ging gegen 7 Uhr zu Ende. Die Abstimmung über die Anträge wurde auf Mittwoch vertagt. Das Haus trat dann in die Beratung des Etats für Volkswohlfahrt ein. Der Zentrumsabgeordnete Fahndner sprach als Berichterstatter und wurde dauernd durch Juristen Anklagender unterbrochen. Nach ihm sprach der neue Minister für Volkswohlfahrt Hirtziebert, dessen Rede wir in der Abendausgabe veröffentlichen werden. Die heutige Sitzung wird um 11 Uhr beginnen.

## Aus dem Untersuchungsausschuß

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages wurde am Dienstag Bericht aus den Strafkassen betr. die Vorgänge in Mitteldeutschland, erstattet. Aus den Strafkassen Hölz wurde festgestellt, daß Hölz und seine Leute Mißhandlungen an den Gefangen vorgenommen haben. Ferner wurde festgestellt, daß bei den Strafkassen, welche die Sprengung der Produktionsgenossenschaft betreffen, sich bereits seit dem 16. August die Erklärungen von Dema und Bowitz befinden. Die Erklärungen waren vom Staatskommissar für öffentliche Ordnung dem Gericht überhandt worden, weil ein Teil ihres Inhalts auf die Sprengung der Produktionsgenossenschaft Bezug hat. Die Akten sind seit dem 16. August vom Gericht bearbeitet worden.

Bezüglich des Zeitungs-Materials war vor etwa 10 Tagen die Veröffentlichung freigegeben worden. Der Ausschuß beschloß den Staatskommissar für öffentliche Ordnung als Zeuge über das Zeitungs-Material zu vernehmen, und zwar über die Art und Weise, wie das Material in seine Hände kam und über die Glaubwürdigkeit des Materials. Ferner wird als Zeuge der leitende Arzt des Leunawerkes geladen werden gegen den die Beschuldigung erhoben wurde, er habe die Verwundeten ohne ärztliche Hilfe gelassen. Schließlich werden einige Schutzpolizisten als Zeugen über verschiedene Erschießungen vernommen werden.

## Der Kampf gegen die Vermögenssteuer

Die Unzulänglichkeit der Steuervorlagen der Regierung ist den bürgerlichen Parteien immer noch nicht groß genug. Jede Bestimmung des Vermögenssteuergesetzes wird von ihnen zu mildern gesucht. In der gestrigen Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages entspann sich eine Diskussion über die von allen bürgerlichen Parteien eingebrachten Anträge auf Befreiung des von der Regierung als Bewertungsgrundlagen vorgeschlagenen gemeinen Wertes. An dessen Stelle soll der Ertragswert mit all den Vergünstigungen treten, die beim Notopfer für die Landwirtschaft und das Betriebsvermögen eingeführt worden sind.

Abg. Westermann (D. Sp.): Die hohe Bemessung des gemeinen Wertes werde die Veräußerung des Grundbesitzes zur Folge haben. Man müsse deshalb den dauernden gemeinen Wert abzüglich einer angemessenen Abnutzungsquote zugrunde legen. Abg. Mollenhuth (S. P.) tritt für die Einschätzung nach dem gemeinen Wert ein und befürwortet die Regierungsvorlage. Abg. Pohlmann (Dem.): Mit Rücksicht auf die Reste

der Zwangswirtschaft könne man den gemeinen Wert nicht zugrunde legen. Die Regierungsvorlage bringe den Grundbesitz in schwerste Gefahren weil sie ihn mobilisiere. Abg. Möstke (Dnati.) klagt über die notleidende Landwirtschaft. Jede zu hohe Entziehung von Kapital gefährde sie. In der Landwirtschaft dürften nur die dauernden Verhältnisse berücksichtigt werden. Die Landwirtschaft habe durch die Getreideumlage einen Verlust von 6,6 Milliarden Mark! Abg. Gerold (Zentr.) spricht ebenfalls gegen die Regierungsvorlage und für die Uebernahme der Bestimmungen der Abgabenordnung über die Wertermittlung.

Abg. Beth (U. S. P. D.): Die Frage, ob gemeiner Wert oder Ertragswert ist keine Frage nach der Befreiung steuerlicher Ungerechtigkeiten, sondern der Verlust der Milderung der Vermögenssteuer. Diese Absicht haben alle Anträge. Gerade bei der Landwirtschaft ist das unerträglich. Sie ist bei der Vermögenszulagabgabe gewaltig begünstigt worden, ebenso beim Notopfer und noch mehr durch den späteren Erlaß der Regierung. Keiner Erwerbsschicht geht es so glänzend wie ihr. Die Landwirtschaft verdient deshalb keine besondere steuerliche Berücksichtigung, sie muß im Gegenteil schärfer herangezogen werden, weil sie bisher ungewöhnlich stark geschont wurde. Wir treten nachdrücklich für die Regierungsvorlage ein, obwohl sie uns nicht weit genug geht.

## Klassenbewußtsein

Uns wird geschrieben:

Durch die gesamte Presse der S. P. D. geht in letzter Zeit der Klageruf, daß einzelne sozialdemokratische Arbeiter oder ganze Betriebsvertretungen — soweit sie sich zur S. P. D. bekennen — entgegen den Beschlüssen der Parteinstanzen sich in bestimmten Fragen mit ihren Klassengenossen von der U. S. P. D. und K. P. D. zu gemeinsamen Entschlüssen oder gar Demonstrationen verbinden. Man versucht in der S. P. D.-Presse, diese Leute von sich abzuschütteln, indem man mit Worten wie „der Betreffende war von der Partei nicht beauftragt“ oder „der Mann ist unsern Funktionen unbekannt“ über diese für die Instanzen der S. P. D. unangenehme Erscheinung hinwegzukommen. Würde es nicht richtiger sein, wenn man einmal den Ursachen dieser „Disziplinwidrigkeiten“ auf den Grund ginge? Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß trotz aller Streitigkeiten zwischen den Arbeiterparteien, in den Betrieben bei den Arbeitern und Angeestellten selbst das Gefühl der Zusammengehörigkeit immer wieder die Oberhand gewinnt. Besonders, wenn es gilt, dem Unternehmer entgegenzutreten oder wenn — wie in dem Falle des Hungerstreiks in Lichtenburg — das eigene Fleisch und Blut gefährdet ist. Wir machen uns das Schlagwort von der Einigung der Arbeiterschaft über die Köpfe der Führer hinweg nicht zu eigen; aber der gesunde Instinkt der Massen wird von einem Teil der mehrheitssozialistischen Führer in einer Weise verkannt, die uns zu dem Glauben bringen muß, als hätten diese Führer das gemeinsame Denken und Fühlen mit der Masse verloren.

Wir wollen belächeln nicht allen Führern der S. P. D. absprechen, daß sie das proletarische Denken verlernt haben, jedoch wenn man sich vergegenwärtigt, wie zum Beispiel der Görlicher Beschluß zur Koalitionsfrage zustande kam, wie in Gdülz von wenigen führenden Köpfen, von Ministern und solchen, die es werden wollten, der Meinungsentscheidung auf dem Parteitag zustande gebracht wurde, braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei der ersten besten Gelegenheit die Massen ihrem Klassenzugehörigkeitsgefühl folgend, derartig widernatürlich zustande gekommenen Beschlüssen die Gefolgschaft verlagern und auch wider Parteitagbeschlüsse und entgegen von Entschlüssen der Parteibureauratie, ihrem proletarischen Herzen folgen und mit ihren Arbeitsbrüdern anderer Partirichtungen im Kampf gemeinsame Sache machen. Das ist im Grunde genommen eine psychologische Erscheinung, über die sich auch die „Staatsmänner“ innerhalb der S. P. D. freuen müßten, aber sie lassen sich nicht gern ihre Kräfte stören. Ein Arbeiter, der seiner andren Meinung offen Ausdruck gibt, gilt ihnen als Störenfried und muß abgeschüttelt werden.

Man möge mich nicht mißverstehen: es braucht kein absichtlicher Verrat der Arbeiterschaft von gewissen Führern der S. P. D. beabsichtigt zu sein, sie haben eben den Zusammenhang mit dem Fühlen der Massen verloren und verfolgen Arbeiterpolitik, wie sie sie auffassen. Man braucht die Hoffnung nicht aufzugeben, daß es auch innerhalb der Arbeiterschaft der S. P. D. dämmern wird. Auf die Dauer läßt sich das Klassenbewußtsein der Kopf- und Handarbeiter nicht dämpfen. Es wird die Zeit kommen, die die Parteischranken zwischen der Arbeiterschaft einreißt. Dann wehe den Führern, die sich aus Unverständnis dem Ruf nach Einigung und Einigkeit widersetzen. Die Geschichte wird über sie hinweggehen. Ueber allem Haber wird das Klassenbewußtsein triumphieren.

Auch wir sind der Meinung, daß der aus den Massen kommende Ruf nach Einigung schließlich alle Parteischranken niederreißen und eine große einheitliche Arbeiterbewegung schaffen wird. Voraussetzung dafür aber ist, daß die Arbeiterschaft sich zu nächst, unter Einhaltung proletarischer Disziplin und unter Ausschaltung parteitaktischer Kniffe und Sonderinteressen, auf dem Boden gemeinsamer praktischer Handlungen zusammenfindet. Wenn die Arbeiterschaft die Einigungsfrage unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, werden die schädlichen Elemente, wosie auch stehen mögen, von den Ereignissen sehr bald fortgesetzt werden.

# Eine logische Folgerung.

Wo strenge Grundsätze hinsichtlich der Güte des Rohstoffes walten, wo ferner ein verlässlicher Fachmann die Verarbeitung persönlich überwacht, muß das fertige Erzeugnis hervorragend sein.

\* Beide Voraussetzungen sind bei uns gegeben \*

Bleiben Sie also bei der guten Massary-Zigarette!

Massary-Classé 50.8 Caid 60.8 Roal 70.8



# Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Größte Auswahl - Enorme Vorräte

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

**Schlüpfer, Raglans und Ulster** aus grünen, stabilgrauen und braunen Fischgräten- und Diagonalgeweben, hervorragende Qualitäten . . . . . M. 600 **550<sup>00</sup>**  
**Schlüpfer, Raglans und Ulster** aus hell und dunkelgemusterten Flausch-, Homespun- und Diagonalstoffen . . . . . M. 800 **700<sup>00</sup>**  
**Schlüpfer, Raglans und Ulster** aus erstklassigen Fabrikkaten in wundervoll hellen und dunklen Farbenstellungen M. 1800, 1500, 1200, 1000 **900<sup>00</sup>**  
**Winter-Paletots** aus vorzüglichem Marengo- und schwarzen Stoffen . . . . . M. 1550, 1200, 1000, 900 **800<sup>00</sup>**  
**Winter-Joppen** aus bestem Lodenstoff, warm gefüttert, Interims- und Sportform . . . . . M. 600, 500, 450, 350, 300, 250 **175<sup>00</sup>**

**Knaben- und Jünglings-Ulster** in allen Fassons . . . . . zu mäßigen Preisen  
**Uebergangs-Ulster** Schlüpfer u. Raglans u. Homespun, u. Cheviot M. 1000, 900, 750, 600 **475<sup>00</sup>**  
**Uebergangs-Paletots** a. Marengo Cheviot, in guten Qualitäten . . . . . M. 800, 700 **575<sup>00</sup>**  
**Gummimäntel** für Damen und Herren, hochgeschl. in Fasson in guten Qualit. M. 1200, 900, 750, 550, 450 **350<sup>00</sup>**

**Jackett-Anzüge** aus gute, biagr. grün- gestreiften und anderen bigen Stoffen hergestellt . . . . . M. 600, 500 **450<sup>00</sup>**  
**Jackett-Anzüge** aus vorzüglich. Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig auch Homespun . . . . . M. 600, 750 **690<sup>00</sup>**  
**Jackett-Anzüge** aus erstklassigen Kammer- und Cheviotstoffen, in blau und farbig . . . . . M. 1500, 1350, 1200, 1000 **900<sup>00</sup>**  
**Sport-Anzüge** aus prima Loden- u. Homespun- Stoffen, mit Brooch-Hosen M. 1000 **850<sup>00</sup>**  
**Hosen** in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten anfangend mit M. **55<sup>00</sup>**  
**Schulanzüge** in verschiedenen Fassons und Qualitäten . . . . . M. 200, 150 **120<sup>00</sup>**

**Pelzjoppen** . . . . . von M. **375<sup>00</sup>** an  
**Fahrpelze** für Chauffeurs, Landwirte und Wächter . . . . . von M. **400<sup>00</sup>** an  
**Ulster** aus dauerhaften Stoffen, außergewöhnlich billig . . . . . M. 400, 350 **285<sup>00</sup>**  
**Herren-Westen** mit Aermeln, mit Kapok wasserd., gegen sibirische Kälte . . . . . M. **65<sup>00</sup>**

**Engl. Offiziersmä tel** in braun- oder schwarzer Farbe, aus dickem, weichen und warmem dicken Wolstoff mit weissen Leibfutter . . . . . M. **550<sup>00</sup>**  
**Amerikan. Mäntel** in braun-rot. Farbe, erstklassig, Fabrikat, hoch- und rüßfrei . . . . . M. **250<sup>00</sup>**  
**Anzüge** dreiteilig aus sehr haltbaren Stoffen . . . . . M. 400, 300 **200<sup>00</sup>**  
**Herren-Litewken** aus Bockskin Aermel gefüttert . . . . . M. 150, 125 **100<sup>00</sup>**

## Geh- und Sportpelze

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikots und anderen Sachen

# BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

### Theater u. Vergnügungen

**Volkstheater**  
 7 1/2 Uhr: Maffie Mensch  
 Neues Volkstheater  
 8 Uhr: Die Wildente  
**Staatstheater**  
 Opernhaus  
 7 1/2 Uhr: Der Fischer  
 Schauspielhaus  
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten  
**Deutsches Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten  
**Kammerspiele**  
 am 1. Male  
 Der Schwärmer  
**Wohlfahrtstheater**  
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten  
**Romödienhaus**  
 Die Fahrt ins Blaue  
**Berliner Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten  
**Prinzessin Olala**  
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten  
**Walther-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten  
**Nixchen**  
 Romische Oper  
**Trianon-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten  
**Waldhalla-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten  
**Jungmuth-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die Gezeichneten

**Casino-Theater**  
 Der Weg zum Glück  
**Zeissfeldtheater**  
 M. Steckelmann  
**Münzen**  
**Münzen**  
**Glühlampen**  
**RAUCHERDANK!**

**Zuban**  
 Aus edelsten Orienttabaken  
**Zigaretten**

**PELZWAREN**  
 auf Teilzahlung  
 Pelzwarenfabrik Kallis  
 Tille-Wardenberg-Str. 11  
 am Bahnhof Tiergarten

**Kupfer 44**  
 stets höchste Preise für  
**Altmetalle**  
**Metalle**  
**Metalle**  
**Zuckermann**  
**Altmetalle**  
**Metalle**  
**Parzellen**

**Der beste Schuhputz ist Urbin**  
 Millionenfach verbraucht man ihn  
 Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich **Urbin-Terpentinölware**, die noch nie erreichte Qualität.

**Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin**  
**Ordentliche Ausschreibung**

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer**  
**General-Versammlung**

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

**Niedrige Preise!**

## Angebot für 2 Tage!

Pelzmäntel, Seal Electric	6600, 8750, 10300, 12750
Plüschmäntel auf Goldbrocat	2700
Sealplüschmäntel	3150
Reinwollene Tuchmäntel	518
Ulster	185, 350, 690
Astrachanmäntel	300, 450
Krimmermäntel	1400
Gummimäntel für Damen	360
Gummimäntel für Herren	479
Kostüme	186, 260, 375, 580, 800-3000

**Passende Weihnachtsgeschenke!**  
 Nur vormittags 9-12 Uhr

Kunstseidene Strickjacken	160
Röcke	66
Imprägnierte Mäntel	186
Lodenmäntel	265

# WESTMANN

Berlin W8 Mohrerstrasse 37a      Berlin NO 18 Gr. Fränkfurter Str. 115

**Wir kaufen: Weimann Kaninfelle zu besten Preisen**  
**Pfischpatsch & Co.**

**Freiheit-Abonnenten**  
 erhalten als **Weihnachts-Prämie** den **Ledebour-Prozess**  
 gebunden statt 40.- Mark für 25.- Mark  
**Buchhandlung „Freiheit“**  
 Berlin C 2, Breite Str. 5-9

**Westmanns**  
**Ala**

**Botenfrauen sofort gesucht**  
 Hauptexpedition  
 C. 2, Breite Straße 8-9  
 Expedition W. Senne  
 D. 17, Laskerstraße 2  
 Expedition Kruger  
 Neukölln, Emser Str. 32  
 Tour: Neuenhoferstraße - Wasserturm

**Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a.**

**Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer,**  
 tolle auf Seldo, jetzt für 400-600 M. Ferner: Damen-Kostüme, -mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzbüchse 300, Zobelbüchse 400. Blau-, Silberbüchse, Skunks, Wölfe, Luchse. Sportpelze 800, Gehpelze 1500, Pelzmäntel 2000. Keine Lombardwaren!

# Im Quartier der Hundertschaft z. b. B.

## Loftertermin im Nordprozeß Buchholz / Kaiserbilder und Halenkreuze / Drüggelosen und Ehrengerichte

Zur Umwechslung fand ein Teil der gestrigen Verhandlungen in der Nordblase Buchholz in der Schloßkaserne zu Charlottenburg statt. Zu einem sogenannten Loftertermin hatten sich das Gericht, die Staatsanwaltschaft, die Geschworenen, die Sachverständigen, die Angeklagten und eine Anzahl Zeugen in der ehemaligen Füsilierkaserne des Elisabeth-Regiments eingefunden. Das Zimmer, in dem Buchholz erschossen wurde, war genau so wie zur Zeit der Tat hergerichtet. Die einzelnen Zeugen zeigten, in welcher Lage sie Buchholz vorgefunden hatten.

Zwischen den medizinischen Sachverständigen entspann sich eine lebhaft Auseinandersetzung. Medizinalrat Dr. Störmer bewies mit allem Nachdruck nochmals, daß wegen der Art des Schusses ein

### Selbstmord gänzlich ausgeschlossen

selbstmordganzlich ausgeschlossen sei. In seinem ganzen Leben werde er die Auffassung vertreten, daß kein Selbstmord des Buchholz vorliegt.

Der Sachverständige der Verteidigung, Professor Strauch, erläuterte nun mit einer Pistole, daß es möglich sei, sich durch einen Schuß in den Hinterkopf zu erschließen. Dazu muß man jedoch unseres Erachtens ein Akrobat sein und das Risiko eingehen, eine ganze Anzahl Schüsse auf sich selbst abzugeben, bis man endlich einen tödlichen Schuß erzielt. Dem unmöglichen Experiment des Professor Strauch hielt Medizinalrat Dr. Störmer entgegen, daß dann der Schuß unbedingt auf der linken Gehirnhälfte herausstreifen müsse. Die Leichenautopsie beweise jedoch, daß nur die rechte Kopfhälfte von dem Geschloß durchschlagen sei.

Nach lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Geschworenen und der Staatsanwaltschaft wurde die Verhandlung in der zügigen Schloßkaserne abgebrochen, um in der wärmeren Atmosphäre des Kriminalgerichts ihre Fortsetzung zu finden.

In der nunmehr fortgeführten Beweisaufnahme sagte der Zeuge Keil aus, daß der Oberwachmeister Simon einst an ihn herangetreten sei und ihn gefragt habe, ob er einen großen Schlag mit unternehmen wolle? Simon habe dem Zeugen auch ein Verzeichnis mit Namen gezeigt. Nur „Irene und gute Kameraden“ lämen in Betracht. Der Zeuge hatte die Auffassung, daß es sich um eine politische Sache handeln sollte. Diese Verbindung habe den Namen „Bund der Ringmänner“ getragen, und der Zeuge glaubt, daß dieser Bund

### Anschluß an die Orgel

gehabt habe. Der aufgerufene Zeuge Simon will die ganze Sache als außerordentlich harmlos betrachtet wissen. Lediglich aus wirtschaftlichen Gründen (!) habe man sich im Falle einer Auflösung der Hundertschaft zusammenschließen wollen. Bei einer Geburtstagsfeier eines Kameraden habe man dieses harmlose Besein „Bund der Ringmänner“ gelaßt. Der Zeuge Keil bleibt jedoch dabei, daß er die Auffassung habe, daß es sich um eine politische Organisation gehandelt hätte. Der Zeuge betonte weiter, daß Leutnant von Krosigk ihm im August dieses Jahres erklärt habe, daß er wisse, wer der Mörder des Buchholz sei. Der Leutnant habe im Verlauf des Gesprächs das folgende gesagt: „Ich weiß mehr als Ihr denkt, ich beteilige mich aber nicht mehr an politischen Dingen.“

Der Zeuge Schöppel bezeichnet den Angeklagten Meyer als launenhaften und brutalen Menschen. Drüggelosen seien ganz und gar gewesen. Der Oberwachmeister Goppel sieht in dem Angeklagten Meyer einen gerechten, aber strengen Vorgesetzten. Leutnant a. D. von Krosigk gibt an, bei der Ermordung des Buchholz auf Urlaub gewesen zu sein. Als dem Zeugen die Aussagen des Zeugen Keil vorgehalten wurden, antwortete er, daß dies lächerlich auf ihn wirke. Er hätte mit der Sache überhaupt nichts zu tun gehabt. Die Zurückweisung durch den Staatsanwalt, daß dies keine Antwort sei, glaubt der Vorgesetzte mit der Bemerkung parieren zu müssen, daß eine Antwort ja erfolgt sei. Der Zeuge sagt aus, daß er lediglich gesagt habe, daß unter den heutigen Verhältnissen für ihn die Politik kein Interesse mehr habe.

Ueber den „Bund der Ringmänner“ sagt Hauptmann Stennes aus, daß dieser keine politischen Ziele verfolgt habe. Der Bund sei nur eine Arbeitsgemeinschaft gewesen, um die Leute im Falle der Auflösung der Hundertschaft wirtschaftlich zu sichern. Die Ehrengerichte hätten „nur Aufklärung“ schaffen wollen, wer eigentlich die Waffenführung der Hundertschaft denunziert habe. Auf die Feststellung der Ehrengerichte hin seien keinesfalls weitere Maßnahmen erfolgt.

Der Zeuge Böb berichtet, daß in der Kaserne der Hundertschaft Kaiserbilder aufgehängt worden seien und über den Türen

Haltenkreuze angebracht worden wären. Er wisse, daß während des Rapp-Putsch die Hundertschaft

mit Vergnügen in die Volksmenge geschossen

habe. Die Beweisaufnahme wandte sich alsdann den Untersuchungen zu, die angeblich Buchholz begangen haben soll. Der Zeuge Dohberke weiß von der Auszahlung von Agentengeldern zu berichten. Diese Auszahlung erfolgte auf Vorschlagsunterlagen, die die Gegenzeichnung des Hauptmann Stennes trugen. Später wurden dann namentliche Listen angefertigt, die zu Hauptmann Stennes kamen.

Die weiteren Zeugenaussagen in dieser Angelegenheit lieferten den Beweis für ein ganz struppelloses Wirrwarr mit den Geldern der Steuerzahler. Das Gutachten des Buchholzverständigen wird hoffentlich Licht in diese mehr als dunkle Angelegenheit bringen.

In den Abendstunden wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

## Der neue „Freiheit“-Preis

Wie bereits mitgeteilt, kostet das Abonnement auf die „Freiheit“ vom 1. Dezember ab statt wie bisher 12 M. den Betrag von 18 M. im Monat. Auf die Nummer umgerechnet macht diese Erhöhung um monatlich 6 M. nur rund 10 Pfennig aus, ein Betrag, der heute selbst bei noch so großen Sparplänen keine Rolle spielt. Bekommt man noch etwas für 10 Pfennig? Ach, selbst für 10 M. bekommt man ja kaum noch etwas! Andererseits sehen diese 10 Pfennig uns — wenigstens vorläufig — in die Lage, das Erscheinen der „Freiheit“ sicherzustellen. Das Interesse der Partei und darüber hinaus dasjenige der gesamten Arbeiterbewegung macht es jedem Leser zur Pflicht, das kleine Opfer zu bringen, das wir ihm auferlegen müssen, wenn man hier überhaupt von Opfer sprechen kann.

Daß wir es lieber vermieden gesehen hätten, versteht sich von selbst, aber die Umstände sind härter als alle guten Absichten. Wir haben bereits mitgeteilt, daß alle Berliner Zeitungen zu Preiserhöhungen schreiten müssen, und daß die „Freiheit“ es eigentlich schon längst hätte tun müssen. Die geradezu anstößigen Preise für alle Roh- und Hilfsstoffe, sowie die Notwendigkeit, den Arbeitern und Angestellten des Betriebes wenigstens einigermaßen erträgliche Existenzbedingungen zu bieten, drängen uns gebieterisch auf diesen Weg. Wir sind überzeugt, daß unsere Leser ihn in bewährter Treue mit uns gehen werden!

### Stadtverordneten-Fraktion

Die Fraktionsführung findet am Donnerstag, abends 6 Uhr, im Rathaus, Zimmer 109, statt. Um bestimmtes Erscheinen wird gebeten.

Der Stadterordneten-Ausschuß, der zur Prüfung der Stadtverordnetenwahlen vom 16. Oktober und zur Verteilung der auf die Stadtlisten und in den aus mehreren Verwaltungsbezirken bestehenden Wahlkreisen X, XIII und XV gewählten Stadtverordneten auf die Bezirksversammlungen eingesetzt ist, hat sich gestern gebildet. Zum Vorsitzenden wurde Stadtverordneter Gottfried Schulz (Unabh.) gewählt. Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahlen sind nicht eingelaufen. Die gesamten Wahlunterlagen wurden zur Vorprüfung dem Stadtverordneten Kretz (Dem.) übergeben. Der Ausschuß tritt am Donnerstag zur Entgegennahme des Berichts und voranschaulich auch schon zur Beschlußfassung über die Zuteilung der Stadtverordneten auf die Bezirke zusammen.

**Nord in der Meyer Strafe.** Ein Kapitalverbrechen, das vorstern in dem Hause Meyer Strafe 14 verübt wurde, ist gestern durch den Transport der Leiche des Ermordeten in Oberwalde entdeckt worden. Dort war auf dem Bahnhof ein Mann aufgefallen, der einen ganz durchsichtigen, großen Reisefloster mit sich führte, um diesen mit der Eisenbahn wegzuschaffen. Der Transport war vorher schon Kriminalbeamten aufgefallen, die daraufhin den Mann festnahmen und den Koffer untersuchten. Zur größten Ueberraschung fanden sie darin die Leiche eines erwachsenen Mannes. Mehrere Schußwunden und ein Knebel im Runde ließen erkennen, daß es sich um das Opfer eines Kapitalverbrechens handelte. Der Transporteur des unheimlichen Gepäckstückes wurde verhaftet und sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Die Ermittlungen ergaben,

Zwischenakt. Real zog sich in einen Winkel zurück, unangenehm berührt und zum Widerspruch gereizt durch die Notwendigkeit, so viele gleichgültige Menschen, so viele feindselige Kollegen begrüßen zu müssen. Er fühlte um sich eine schwer greifbare Mißachtung, ein geringschätzbares Mitleid, eine nahezu verächtliche Mißbilligung. Was hatten sie denn? Er wußte es ganz genau. Sie fanden es töricht, daß er sich seine Zukunft durch eine unvorsichtige Stellungnahme verpfändete. Sie bezeugten ihm ihre Zuneigung noch einmal in der Genugtuung darüber, daß ein Platz frei wurde. Aber die Gefälligkeit der Menge gegen die Unabhängigen, der Groll gegen einen Mann, der es wagte, für sich zu leben, war unverkennbar. Was waren das aber auch für Männer und Frauen! Alles bißige, ungesund empfindende Menschen, hinter ihren tugendhaften Gelsten von allen Postern zerfressen, unter ihrer äußerlichen Höflichkeit von Eiferfüchteleien zerrissen. Feige Herdentiere, die sich gegen alles Neue stets im Verteidigungszustand befinden, erfolgreiche Autoren anfeinden und von heuchlerischen Lobpreisungen jener überfließen, denen sich das Publikum verlagert. Wie jämmerlich wäre es, die Herzen dieser Menschen naht und bloß vor sich zu sehen!

Er hatte mit zu diesem Pariser Klügel gehört, hatte diese Hände gedrückt und das zweifelhafte Vergnügen gehabt, alle diese Gesichter nach den Sommerferien ein wenig gelber wiederzusehen. Wie kam es nun, daß er sich mit einem Male von jenen getrennt fühlte? Hatte er sich mehr geändert als er selbst wußte?

Daß er beruhigte sich. Ein kleiner Anfall von Menschenfeindschaft, eine leichte Nervosität. Unangenehm... man muß Gegenmittel anwenden.

Er ging in die Wandelgänge. Einige Hände streckten sich ihm entgegen. Das tat ihm wohl. Dieses Premièrenpublikum war doch schließlich sein Kreis. Er hätte sich nur mit Anstrengung losreißen, nur mit Bitterkeit zurückziehen können. Die Gewohnheit hielt ihn fest, doch auch einige Nachsicht für dieses verberzte und abgedröhnte, aber doch begeisterungsfähige Publikum.

In besserer Stimmung nahm er wieder seinen Weg ein. Während der nächsten Akte nahm das Widerspiel der beiden Meinungen, von einigen Diebesjungen unterbrochen, seinen

Fortgang. Jedesmal, wenn der unglückselige Chargenpieler einen Wortschwall fortgeschrittlicher Gedanken losließ, ging ein feindseliges Rauschen durch die Zuhörerschaft. Sobald sich irgendeine Gelegenheit zu Kundgebungen ergab, wurden Zurufe und Pfiffe gleichzeitig hörbar. Widerspruch erhob sich, als der Schauspieler donnerte: „Jene Lügen, die uns für ihren eigenen Vorteil ansüßen, indem sie uns vorreden, der Tod fürs Vaterland sei das schönste Los. Rein! Das schönste Los ist lieben, schaffen, leben!“ Eine Dame neben Real sagte ganz laut: „Das ist eine Beleidigung unserer Toten!“ Der Schauspieler schloß: „Das ehrliebe Streben eines ganzen Lebens hat mehr sittlichen Wert als der Mut. Ein Mensch, der sich aus Ueberzeugung weigert, Leute zu töten, gegen die er nichts hat, zeigt eine edlere Seele, ein besseres Herz, mit einem Worte, mehr Mut, mehr wahren Mut als ein Eingezogener, der die Wahl zwischen Galgen und Schlachtfeld hat, den man zum Nord einwaggeniert und der sein: Nach Berlin! brüllt!“ Bei diesen Worten gab es einen wüsten Auftritt.

## Die Waffen der eisernen Eskadron

### Ein echt republikanisches Tendenzurteil

Vor dem Amtsgericht Charlottenburg fand gestern ein Prozeß statt, der ein besonderes Gepräge durch die merkwürdige Gemeinschaft der Angeklagten erhielt, auf der Orgelstudenten und Klassenbewachte Arbeiter nebeneinander saßen. Der Gerichtssaal erhielt ein weiteres Kennzeichen durch ein Krugsturz, das wahrscheinlich als Zeichen der Zeit auf dem Richterisch stand.

Angeklagt waren die Mitglieder der studentischen Verbindung „Thuringia“, Handt und Gulenius, während ein dritter Angeklagter nicht anwesend war. Im Klubhaus der Verbindung der Angeklagten befanden sich bis zum ersten September größere Mengen von Waffen, die an diesem Tage durch mehrere Arbeiter, die sich als Beamte ausgaben, abgeholt worden waren. Einer dieser Arbeiter, Leitner, war infolge dessen gleichfalls unter Anklage gestellt, ebenso der Arbeiter Sommer und der Stadtrat Will, die ihn unterstützt haben sollen. In der Vernehmung erklärten die beiden Studenten, daß die Waffen von der eisernen Eskadron stammten und daß sie nichts damit zu tun gehabt hätten. Der beste Beweis ihrer Harmlosigkeit sei, daß die Waffen nicht beim Rapp-Putsch benutzt worden sind.

Der Angeklagte Leitner erklärte, Waffen mit verschiedenen Genossen abgeholt zu haben, weil er zu den Behörden nicht das Vertrauen hatte, daß sie die Waffen wirklich entwaffneten. Er weiß nicht, was aus den Waffen geworden ist, und hat sich einer Verhaftung zunächst durch die Flucht entzogen. Auch der Angeklagte Sommer weiß nicht, was aus den Waffen geworden ist. Er sei an der ganzen Angelegenheit nicht direkt beteiligt und will nur von dritter Seite davon gehört haben. Der Angeklagte, Stadtrat Will, erklärt, mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun zu haben.

Der Amtsanwalt beantragt für die Studenten wegen Nichtanmeldung von Waffen die Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis und je 3000 Mark Geldstrafe, für Leitner wegen Vergehens gegen das Entwaffnungsgebot eine Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis, gegen Sommer zwei und gegen Will einen Monat Gefängnis.

Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, der die Angeklagten Will und Sommer vertrat, stellte in seinem Plädoyer fest, daß der Staatskommissar für öffentliche Ordnung und der Reichskommissar für die Entwaffnung sich vormalig nach der Anklage gegen Sommer erkundigt hätten, gegen den gar nichts vorliege, während sich um die Orgelstudenten niemand gekümmert hätte. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagten frei, bis auf Leitner, der zu drei Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Entwaffnungsgebot und Diebstahls verurteilt wurde.

## Unsteigegefahr für Hoch- und Straßenbahn

Zwischen der Direktion der Straßenbahn und der Hochbahngesellschaft ist ein Abkommen fertiggestellt worden, das eine Erleichterung für die Benutzung der Straßenbahn und der Hochbahn für Groß-Berlin bedeuten würde. Es ist geplant, Ueberseigarten zum Preise von 250 Mark auszugeben, die den Inhabern berechtigen, die Straßenbahn und die Hochbahn zu benutzen. Hier Bahneinstiege nach wurde der Inhaber einer derartigen Unsteigekarte berechtigt sein, zunächst eins der beiden Verkehrsmittel bis zu einem Anlaufpunkt zu benutzen und von dort dann die andere Verkehrsgelegenheit auszunutzen. Diese Neuordnung ist von beiden Gesellschaften akzeptiert worden, doch muß man sich über die Art der Berechnung einigen. Gleichseitig soll die Stadt Berlin beabsichtigen, die Zubringerlinie der Hochbahn Warschauer Brücke-Lichtenberg in eigene Regie zu übernehmen und diese Linie mit der 93 zu vereinigen, so daß dann eine neue Verkehrsgelegenheit von Lichtenberg bis nach Charlottenburg geschaffen wäre.

Nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung wird, wie zusammenfassend wiederholt sei, bei der Straßenbahn die einfache Fahrt auf 1,50 Mark, der Unsteigegefahrchein auf 2,50 Mark erhöht; und zwar mit Wirkung vom 1. Dezember. Der Gaspreis wird auf 2,50 Mark festgelegt und zum Ausgleich die Kilowattstunde auf 5 Mark erhöht. Auch die Erhöhung der Gewerbesteuer, die künftig für die vierte Klasse 300 Prozent, die dritte Klasse 650 Prozent, die zweite

## Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Hirt. Copyright 1921 by Greifelt & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(29. Fortsetzung)

Ein Weisheitswort begleitete seine stolze Erklärung. Real beteuerte sich nicht an dem Weisfall. Er blinnte im Saal umher und strich sich den Bart. Wie fremd war ihm doch der Geisteszuwachs all dieser Leute! Sie stimmten denen zu, die ihren Schwächen schmeichelten, und wandten sich gegen jene, die sie weiter bringen wollten. In diesem Saal saßen Zeitungsleute, welche die öffentliche Meinung beherrschten, Finanzleute, welche ihrerseits die Zeitungsleute beherrschten, Kolonnen, welche wieder die Finanzleute beherrschten. Morgen werden sich ihre Ansichten in Millionen von Blättern über unser ganzes Land ausbreiten. Sie werden die Seelen beeinflussen, und jeder wird denken wie sie.

Eine neue Unterbrechung durch Beifall. Einer Person des Stüdes, die der Verfasser vorichtig mit Körperlichen und seelischen Mängeln ausgestattet hatte, wurden folgende Anschauungen in den Mund gelegt: „In dieser neuen Welt muß man sich nach einem neuen Ideal umsehen! Unsere wurmstichigen Ueberlieferungen sind durch die letzte Erschütterung zerplittert. Es heißt, die Augen öffnen. Wir dürfen kein unbewegliches und starzinniges Volk sein. Sonst wird uns der Fortschritt trotz unserem verzweifeltsten Widerstand weggehen.“ Doch der Gegenspieler versetzte: „Möge dieser Fortschritt nur kommen! Unser Land ist ein Land der Wunder! Wir hatten Jeanne d'Arc und die Marneeschlacht! Es gibt keinen Boden in der Welt, auf dem wie auf dem unseren selbst in verhängnisvollen Stunden der Sieg des Rechts so herrlich emporsteht!“

Der Jubel des Publikums wollte sich lange nicht beruhigen. Real grübelte: „So sind die Leute... Worte, nichts als Worte... Sie haben noch nicht erfährt, was die alte Volkstümlichkeit für General in sich trägt und wie zwecklos und nutzlos sie für die Zukunft ist... Der Krieg ist ihnen schon wieder gleichbedeutend mit kriegerischem Ruhm. Trotz dieser fürchterlichen Lehre haben die Menschen nichts gelernt... Was muß noch kommen, du guter Gott!“

Real's Nachbarin richtete sich steil auf und piepste wie ein Seevogel im Sturm: „So etwas darf man nicht sagen! Das ist eine Schandbel!“ Sie freischte und schwang ihren Fettel. Die Menge heulte: „Wu! Wu! Fahnenflüchtling!“ Das Spiel mußte ausgesetzt werden. Man kürzte es ab, um es nicht ganz abbrechen zu müssen.

Zu Hause sprach Real vor sich hin: „Gewiß, es mag überall sein wie bei uns. Der Krieg wirkt immer nur auf den Trieb, niemals auf die Vernunft. Und schon hat man vergessen... vergessen... Es ist fürchtbar... Rükte man nicht all das Uebel wieder aufweden? Das wäre eine heilsame Weisheitslehre!“

Und er legte sich einen Kuffak zurecht, den er am nächsten Tage Proune diktiert wollte. Es sollte ein Art Gedicht mit wechselnden Bildern werden. Die verächtlichen Augenhefer des Krieges sollte er geißeln und zugleich seine Urheber. Aber er fragte sich: „Wo soll dieser Artikel erscheinen? Keine Zeitung von Rang wird ihn abdrucken.“

Da ergriff ihn ein großer Jörn gegen die Gewissenlosen in allen Ländern, die in der Stille die Möglichkeit für ein neues Weltelend schaffen.

(Fortsetzung folgt.)

